

Die Burg Stahleck und Luxemburger NS-Opfer

-Von Joachim Hennig-
Anfang Juni wurde die Ausstellung „Luxemburger im Zweiten Weltkrieg. Zwangsrekrutierung – Streik – Umsiedlung – Gefängnis“ auf der Burg Stahleck oberhalb von Bacharach präsentiert. Jetzt ist sie in der Florinskirche zu sehen.

Ausstellungseröffnung auf der Burg Stahleck

Dort wurde sie am vergangenen Donnerstag eröffnet. Als „Hausherrin“ begrüßte Pfarrerin Birgit Becker von der Evangelischen Kirchengemeinde Koblenz-Mitte. Pfarrerin Becker stellte die Präsentation in den großen Zusammenhang mit der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und an die Befreiung vom Nationalsozialismus, die mit der Landung der Alliierten in der Normandie in die Endphase kam – am D-Day vor genau 75 Jahren. Für den Veranstalter, die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, hob Referatsleiter Uwe Bader die Bedeutung der Ausstellung für Rheinland-Pfalz hervor, fand die Verfolgung der Luxemburger doch maßgeblich an verschiedenen Orten des heutigen Rheinland-Pfalz statt. Für den Kooperationspartner Förderverein Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Koblenz ergänzte der Autor dieser Zeilen die Darstellung Baders, indem er auf Koblenz als die Gauhauptstadt des Gaues Moselland einging.

Monsieur Joseph Lorent vom Staatsministerium Luxemburg und Präsident des Comité pour la mémoire de la Deuxieme Guerre mondiale gab eine sehr persönliche Einführung in die Ausstellung. Dabei schilderte er, dass sein 1920 geborener Vater selbst von der Zwangsrekrutierung betroffen war, auf die Burg Stahleck verschleppt wurde, aber freikommen und dann in Luxemburg untertauchen konnte. Im Mittelpunkt der Veranstaltung, die von Herrn Arned auf der Orgel sehr einfühlsam begleitet wurde, stand immer wieder die Burg Stahleck und die Geschehnisse dort vor 77 Jahren.

Zwangsrekrutierung junger Luxemburger

Auslöser für das Geschehen war die Zwangsrekrutierung von jungen Luxemburgern in die deutsche Wehrmacht. Damals wurden nicht nur Deutsche zur Wehrmacht eingezogen. Auch junge Männer aus dem besetzten Luxemburg (und aus dem besetzten Elsaß und Lothringen) sollten deutsche Soldaten werden. Dazu führte der Gauleiter des auch für Luxemburg zuständigen Gaus Moselland, Gustav Simon, dort am 30. August 1942 die allgemeine Wehrpflicht ein. Sie galt zunächst für die Jahrgänge 1920 bis 1924, später wurde sie auf die Jahrgänge bis 1927 ausgedehnt. Die Zwangsrekrutierten erlangten die deutsche Staatsangehörigkeit



Freuen sich über die Präsentation der Ausstellung in der Florinskirche: Dr. Jürgen Schumacher (v. links), Joseph Lorent, Birgit Becker, Uwe Bader (Foto privat).

automatisch durch den Eintritt in die deutsche Wehrmacht. Die Wehrpflicht war also nicht die Folge der Staatsangehörigkeit, sondern deren Voraussetzung. Das war eine zwangsweise Eingliederung in eine fremde Wehrmacht, die das Völkerrecht verbietet.

Protest und ziviler Ausnahmezustand

Das provozierte in den darauffolgenden Tagen eine Reihe von Streikaktionen in verschiedenen Luxemburger Städten. Geschäftsleute schlossen ihre Läden, Lehrer und Beamte weigerten sich, ihren Dienst anzutreten, in der Schwerindustrie verließen Arbeiter ihren Arbeitsplatz, Bauern lieferten keine Milch ab. Diese Akti-

onen hatten mehr symbolischen Charakter. Sie dauerten nur einige Stunden an und hatten keine nachhaltige, schon gar keine zerstörerische Wirkung. Insgesamt zogen sie sich da und dort im Land bis zum 2. September 1942 hin.

Nachdem diese Protestaktionen schon stattgefunden hatten bzw. während sie liefen, rief Simon als Chef der Zivilverwaltung in Luxemburg den zivilen Ausnahmezustand aus. Ein wesentlicher Punkt war die Einrichtung eines polizeilichen Standgerichts. In geheimen und nächtlichen Sitzungen verhängte das Standgericht gegen 20 Angeklagte auch 20 Todesurteile. Die Vollstreckung

fand durch Erschießen im KZ Hinzert statt.

Verschleppung und „Umerziehung“

Den am Streik beteiligten zahlreichen Schülern und Schülerinnen im Alter von 16 bis 19 Jahren machten die deutschen Besatzer nicht den Prozess. Stattdessen verschleppte man sie – ohne dass ihre Eltern etwas davon erfuhren – zur „Umerziehung“ in unsere Gegend. Die Schülerinnen brachte man nach Altenahr, Marienthal und Adenau. 183 Schüler kamen auf die Burg Stahleck in das dort eingerichtete „Erziehungslager“ der Hitler-Jugend. Die Schüler wurden schikaniert und sollten müde gemacht werden. Stundenlang mussten sie Appell stehen und exerzieren, manche von ihnen mussten die Straße auf der Burg mit Zahnbürsten säubern.

Viele Jugendlichen litten unter dieser „Umerziehung“. Einer von ihnen, Lucien Olinger, berichtete später darüber folgendes: „Wir waren ja heranwachsende Jugendliche. Das war demütigende Schikane. Es waren Erniedrigungen, es waren permanente Drohungen, es war eine Entwürdigung ohnegleichen, Angst, Peinigungen, Spott, Verachtung, ständiger Hunger als heranwachsende Jugendliche, Entkräftung, Erschöpfung mit einem allmählichen körperlichen Verfall. Diese Ungewissheit, dass unsere Eltern nicht wussten, wo wir uns befin-

den. All dies hat uns als Internierte wirklich ganz tief getroffen. Wir waren erbarungslos ausgeliefert an unsere Schinder, die in stundenlangen Appellen, in Exerzierübungen, mit einem sadistischen Vergnügen ohnegleichen diese aufmüpfigen Luxemburger müde machen würden.“

Rund 11 200 junge Luxemburger wurden in den folgenden Jahren in den Reichsarbeitsdienst (RAD) und in die Deutsche Wehrmacht gezwungen. 2750 von ihnen kehrten nicht wieder zurück. 3510 entzogen sich dem Dienst in der Wehrmacht durch Flucht. Vom Reichsarbeitsdienst und vom Kriegshilfsdienst waren auch 3600 Mädchen betroffen. 60 von ihnen kamen dabei ums Leben.

Im Zusammenhang mit der Streikwelle nahmen die deutschen Besatzer auch Familienangehörige in „Sippenhaftung“. Später gehörten die Angehörigen von fahnenflüchtigen Wehrpflichtigen zur größten Gruppe dieser nach Schlesien, ins Sudetenland und in einige Hunsrückdörfer zwangsumgesiedelten Luxemburger.

⇒ Die Ausstellung mit 21 Roll Ups zur Geschichte Luxemburgs im Zweiten Weltkrieg ist noch bis zum 7. Juli 2019 in der Florinskirche zu deren Öffnungszeiten zu besichtigen. Der Eintritt ist frei. Nähere Informationen auf der Internetseite: www.mahnmal Koblenz.de